

**MONATSBERICHTE DES
ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES
FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG**

XXXI. Jahrgang

Beilage Nr. 54

Oktober 1958

**Löhne, Gehälter
und Masseneinkommen
in Österreich 1950—1957**

WIEN 1958

IM SELBSTVERLAGE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG, WIEN, I., WIPLINGERSTRASSE 34

Löhne, Gehälter und Masseneinkommen in Österreich 1950—1957

Gliederung

	Seite
Ergebnisse	3
Die Lohn- und Gehaltssumme	7
Berechnung aus den Beiträgen zum Kinderbeihilfen- Ausgleichsfonds	8
Vergleich der Ergebnisse mit der Lohnsteuer- und Sozialversicherungsstatistik	10
Die Struktur der Arbeitseinkommen	12
Soziale Gruppen	13
Wirtschaftszweige	14
Die Masseneinkommen	16

Löhne, Gehälter und Masseneinkommen in Österreich 1950—1957

Die vorliegende Untersuchung über die Lohn- und Gehaltssumme und die Masseneinkommen in den Jahren 1950 bis 1957 ist ein Teil eines umfassenden Arbeitsprogrammes zur Verbesserung und Erweiterung der Statistik des Volkseinkommens. Die bisherigen Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wurden überprüft und neue Verfahren entwickelt, die eine verlässliche Berechnung der Einkommen der Arbeitnehmer in kurzen Zeitabständen erlauben. Gleichzeitig wurde versucht, die für Teilgebiete verfügbaren Lohnstatistiken aufeinander abzustimmen und in einen sinnvollen Gesamtzusammenhang einzuordnen. Die Ergebnisse bieten einen systematischen Überblick über Höhe, Struktur und Entwicklung der Arbeitseinkommen in Österreich seit 1950.

Ergebnisse

Der kräftige Aufschwung der österreichischen Wirtschaft in den letzten Jahren spiegelt sich deutlich in der Entwicklung der Arbeitseinkommen. Alle unselbständig Erwerbstätigen (Arbeiter, Angestellte, Beamte und Lehrlinge) bezogen im Jahre 1957 *Bruttolöhne und -gehälter* von 53,7 Mrd. S. In dieser Größe sind alle laufenden Bezüge, Prämien, Zulagen, Weihnachtsremunerationen, Urlaubsgelder, einmalige Sonderzahlungen und die Kinderbeihilfen enthalten, nicht jedoch die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung. Nach dem Abzug von Lohnsteuer, Sozialversicherungsbeiträgen der Arbeitnehmer und anderen Abgaben verblieb ein für Konsum und Sparen verfügbares Nettoeinkommen von 46,1 Mrd. S. Im Vergleich zum Jahre 1950 war die Lohn- und Gehaltssumme

brutto um 155% und netto um 150% höher. Allein seit der Stabilisierung der Währung im Jahre 1952 betrug die Zunahme 62% und 61%.

Ein Teil dieses Einkommenszuwachses wurde, vor allem in den Jahren vor der Stabilisierung, durch Preissteigerungen wettgemacht. Die durchschnittlichen Konsumgüterpreise, berechnet auf Grund des gesamten privaten Verbrauches, waren im Jahre 1957 um 47% höher als im Jahre 1950¹⁾. Seit 1952 stiegen sie um 4% *Real* (nach Ausschaltung der Preissteigerungen) erhöhte sich die Lohn- und Gehaltssumme in den letzten sieben Jahren brutto um 72% und netto um 70%.

Die Zunahme der Lohn- und Gehaltssumme geht nur zu einem kleinen Teil auf einen verstärkten Einsatz von Arbeitskräften zurück. Die Zahl der Beschäftigten stieg von 1950 bis 1957 um 9%. Entscheidend war die Erhöhung der *Einkommen pro Erwerbstätigen*. Ein vollbeschäftigter Arbeitnehmer (einschließlich Lehrlinge) verdiente im Jahre 1957 durchschnittlich 2.028 S pro Monat (netto 1.741 S), gegen nur 867 S (757 S) im Jahre 1950. Das Brutto-

Obersicht 1

Die Lohn- und Gehaltssumme

Jahr	Lohn- u. Gehaltssumme brutto ¹⁾		Abzüge ²⁾		Lohn- u. Gehaltssumme netto	
	Mrd S	% ³⁾	Mrd S	% ³⁾	Mrd S	% ³⁾
1950	21 09	.	2 69	.	18 40	.
1951	29 30	+38 9	4 13	+53 7	25 17	+36 8
1952	33 23	+13 4	4 58	+11 1	28 65	+13 8
1953	34 02	+ 2 4	4 85	+ 5 7	29 17	+ 1 8
1954	37 66	+10 7	4 55	- 6 0	33 11	+13 5
1955	42 81	+13 7	5 41	+18 9	37 40	+13 0
1956	48 69	+13 7	6 55	+21 0	42 14	+12 7
1957 ⁴⁾	53 69	+10 3	7 60	+16 0	46 09	+ 9 4
Zunahme 1950/57 in %		+155		+183		+150

¹⁾ Bruttobezüge einschließlich aller Sonderzahlungen, Kinderbeihilfen, Sold- und Sachbezüge der Militärpersonen. — ²⁾ Lohnsteuer, Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitnehmer, Arbeiterkammerumlage und Beiträge zu den Wohnbaufonds. — ³⁾ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. — ⁴⁾ Vorläufige Zahlen.

¹⁾ Als Maßstab für die Entwicklung des Preisniveaus für Konsumgüter wurde in der vorliegenden Untersuchung nicht wie sonst üblich der Lebenshaltungskostenindex, sondern der aus Mengen und Werten abgeleitete und mit variablen Gewichten versehene Preisindex für den gesamten privaten Konsum herangezogen. Für die Wahl dieses Index sprach, daß er die tatsächliche Ausgabenstruktur der privaten Haushalte berücksichtigt, während der Lebenshaltungskostenindex auf einem teilweise überholten vorkriegsmäßigen Verbrauchschema aufbaut. Die Unterschiede zwischen beiden Indizes sind im Zeitraum 1950 bis 1957 nur gering.

Übersicht 2

Beschäftigung und Durchschnittseinkommen
pro Arbeitnehmer

Jahr	Zahl der Beschäftigten ¹⁾		Durchschnittseinkommen brutto		pro Arbeitnehmer ²⁾ netto	
	1 000 Personen	% ³⁾	S pro Monat	% ³⁾	S pro Monat	% ³⁾
1950	2 026		867		757	
1951	2 049	+1.1	1 192	+37.5	1 024	+35.3
1952	1 995	-2.6	1 388	+16.4	1 196	+16.8
1953	1 969	-1.3	1 440	+3.7	1 235	+3.3
1954	2 022	+2.7	1 552	+7.8	1 364	+10.4
1955	2 113	+4.5	1 688	+8.8	1 475	+8.1
1956	2 163	+2.4	1 876	+11.1	1 623	+10.0
1957 ⁴⁾	2 206	+2.0	2 028	+8.1	1 741	+7.3
Zunahme 1950/57 in %	+8.9		+134		+130	

¹⁾ Sozialversicherte Beschäftigte nicht sozialversicherte Soldaten und sonstige nicht sozialversicherte Beschäftigte; Jahresdurchschnitt. — ²⁾ Lohn- und Gehaltssumme lt. Übersicht 1 dividiert durch die Zahl der Beschäftigten umgerechnet auf Monate. — ³⁾ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. — ⁴⁾ Vorläufige Zahlen.

einkommen pro Arbeitnehmer stieg in den letzten sieben Jahren nominell um 134% und real um 59%. Dem entspricht ein durchschnittlicher Zuwachs des Realeinkommens um 7% pro Jahr und eine Verdoppelung innerhalb von 10 Jahren.

Übersicht 3

Die reale Kaufkraft der Arbeitseinkommen

Jahr	Preisindex für den privaten Konsum ¹⁾	Kaufkraft ²⁾ der Arbeitseinkommen zu Preisen 1954			
		Lohn- u Gehaltssumme netto	% ³⁾	S pro Monat	% ³⁾
1950	71.8	25'63	.	1 054	.
1951	88.7	28.38	+10.7	1 154	+9.5
1952	101.1	28.33	-0.2	1 183	+2.6
1953	96.6	30.20	+6.6	1 278	+7.9
1954	100.0	33.11	+9.6	1 364	+6.7
1955	101.5	36.84	+11.3	1 453	+6.5
1956	102.8	40.99	+11.3	1 579	+8.7
1957 ⁴⁾	105.4	43.73	+6.7	1 652	+4.6
Zunahme 1950/57 in %	+47		+70.6		+56.7

¹⁾ Implizierter Preisindex berechnet aus Mengen und Werten des gesamten privaten Konsums. — ²⁾ Arbeitseinkommen lt. Übersicht 1 und 2 dividiert durch den Preisindex des privaten Konsums. — ³⁾ Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent. — ⁴⁾ Vorläufige Zahlen.

Obwohl das Realeinkommen der Arbeitnehmer auf längere Sicht durch den Produktivitätsfortschritt bestimmt wird, bestand auf kurze Sicht oft nur ein loser Zusammenhang zwischen diesen Größen. Zwar war die Zuwachsrates des Realeinkommens im Jahre 1952, als Produktion und Produktivität vorübergehend stagnierten, mit weniger als 3% die niedrigste in den letzten sieben Jahren. Andererseits nahm das Realeinkommen pro Arbeitnehmer während der Stagnation im Jahre 1953 und der Entspannung der Konjunktur im Jahre 1956 stärker zu als im stürmischen Aufschwung der Jahre 1954 und 1955. Offenbar sind die Löhne und Gehälter während des Investitionsbooms der allgemeinen Einkommensentwicklung nachgehinkt, während sie bei gedämpfter Konjunktur und rückläufiger Investitionstätigkeit aufholten.

Die Steigerung des durchschnittlichen Arbeitseinkommens in den letzten sieben Jahren um nominell 134% und real 59% hatte zwei Ursachen. Einmal stiegen innerhalb der einzelnen Berufe und Wirtschaftszweige die Verdienste und zum anderen arbeitet gegenwärtig ein größerer Teil der Bevölkerung in Berufen und Wirtschaftszweigen mit relativ hohen Durchschnittseinkommen als im Jahre 1950. Der Einfluß von *Strukturänderungen* läßt sich durch folgende Überlegung verdeutlichen: Wenn sich die Verteilung der Beschäftigung auf die in Übersicht 17 angeführten sechs Wirtschaftszweige und innerhalb dieser auf Arbeiter, Angestellte und Lehrlinge seit 1950 nicht geändert hätte, dann wäre das Einkommen pro Beschäftigten im Jahre 1957 nicht um 134%, sondern nur um 124% größer gewesen als im Jahre 1950. Mindestens 10% der durchschnittlichen Einkommenssteigerung gehen folglich auf Umschichtungen in der Beschäftigtenstruktur zurück. (Tatsächlich dürfte ihr Einfluß noch größer gewesen sein, da sich auch innerhalb der angeführten Wirtschaftszweige die Struktur geändert hat.) Besonders stark wurde der Durchschnittslohn durch die Abwanderung von Arbeitskräften von der Land- und Forstwirtschaft in andere Wirtschaftszweige und durch die wachsende Bedeutung der Angestellten und Beamten gehoben. Diese beiden Strukturwandlungen hatten eine Steigerung des Durchschnittseinkommens um 7% und 8% im angeführten Zeitraum zur Folge. Andererseits wurde das Durchschnittseinkommen dadurch um etwa 6% gedrückt, daß die Zahl der Lehrlinge überproportional zunahm.

Übersicht 4

Der Einfluß von Strukturänderungen auf das durchschnittliche Arbeitseinkommen

	Veränderung des Durchschnittseinkommens 1950/1957 in %
A. Strukturbedingte Zunahme	
Abwanderung von landwirtschaftlichen Arbeitskräften	+ 7
Verschiebung der Beschäftigtenstruktur zugunsten der Angestellten und Beamten	+ 8
Ausbau des Kinderbeihilfensystems	+ 2
Summe A	+ 17
B. Strukturbedingte Abnahme	
Wachsender Anteil der Lehrlinge	- 6
Sonstige Einflüsse	- 1
Summe B	- 7
C. Nettoeffekt der erfaßbaren Strukturänderungen (A-B)	+ 10

Noch stärker als die Arbeitseinkommen sind die abgeleiteten Einkommen oder *Transfereinkommen* gestiegen, die von öffentlichen Körperschaften ohne unmittelbare Gegenleistung an private Haushalte gezahlt werden (Pensionen, Renten, Unter-

stützungen). Die Summe der Transfereinkommen war im Jahre 1957 mehr als dreimal und ihre reale Kaufkraft mehr als doppelt so hoch wie im Jahre 1950. Ihr Anteil an den gesamten *Masseneinkommen* (Arbeitseinkommen + Transfereinkommen) erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 19,6% auf 23,1%. Bemerkenswerterweise wuchsen die Transfereinkommen gerade dann besonders stark, wenn konjunkturdämpfende Einflüsse wirksam waren (1952/1953, 1956 und neuerdings seit Anfang 1958). Dagegen haben sie im stürmischen Konjunkturaufschwung der Jahre 1954 und 1955 schwächer als in den anderen Jahren und auch schwächer als die Arbeitseinkommen zugenommen. Die „antizyklische“ Bewegung der Transfereinkommen liegt teilweise in ihrer Natur. Arbeitslosenunterstützungen steigen zwangsläufig bei sich verschlechternder Konjunktur und nehmen im Aufschwung ab. Die Ausgaben für Pensionen und Renten werden durch konjunkturdämpfende Einflüsse zumindest nicht beeinträchtigt. Dazu kam, daß wirtschaftspolitische Entscheidungen über Erhöhungen der Transfereinkommen zumeist in Perioden gedämpfter wirtschaftlicher Aktivität fielen oder sich erst in ihnen auswirkten. Die antizyklische Entwicklung der Transfereinkommen hat maßgeblich dazu beigetragen, daß die gesamten Masseneinkommen und damit

auch der private Konsum ziemlich stetig wuchsen. Dadurch konnten vorübergehende konjunkturdämpfende Einflüsse, die teils vom Rückgang der heimischen Investitionstätigkeit (1952 und 1956) und teils von den Weltmärkten (1952 und 1958) ausgingen, größtenteils aufgefangen werden.

Die *Einkommensunterschiede zwischen Arbeitnehmern verschiedener sozialer Stellung* sind in den letzten Jahren größer geworden. Von 1950 bis 1957 stiegen die Bruttoeinkünfte der Arbeiter um 114% (real um 46%), die der Angestellten um 145% (67%) und die der Beamten um 168% (83%). Im Jahre 1957 verdiente ein Arbeiter durchschnittlich 1.640 S, ein Beamter 2.840 S und ein Angestellter 3.036 S pro Monat (Bruttoeinkünfte einschließlich aller Zulagen). Die verhältnismäßig große Spanne zwischen Löhnen und Gehältern erklärt sich teilweise daraus, daß unter den Arbeitern Gruppen mit niedrigen Löhnen, wie Landarbeiter, Saison- und Heimarbeiter, Bedienerinnen und Hauswarte ein großes Gewicht haben, während in den Durchschnittsgehältern die Spitzenbezüge von Managern, Direktoren und leitenden Beamten durchschlagen.

Übersicht 7

Die Arbeitseinkommen nach sozialen Gruppen

Jahr	Bruttoeinkommen pro Arbeitnehmer ¹⁾					
	Arbeiter ²⁾		Angestellte ²⁾		Beamte ²⁾	
	S pro Monat	% ⁴⁾	S pro Monat	% ⁴⁾	S pro Monat	% ⁴⁾
1950	767	.	1 238	.	1 059	.
1951	1 041	+35,7	1 682	+35,9	1 449	+36,8
1952	1 195	+14,8	1 916	+13,9	1 676	+15,7
1953	1 224	+2,4	2 017	+5,3	1 757	+4,8
1954	1 326	+8,3	2 209	+9,5	1 895	+7,9
1955	1 424	+7,4	2 434	+10,2	2 220	+17,2
1956	1 539	+8,1	2 745	+12,8	2 507	+12,9
1957 ³⁾	1 640	+6,6	3 036	+10,6	2 840	+13,3
<i>Zunahme 1950/57 in %</i>						
<i>nominell</i>		+114		+145		+168
<i>real</i>		+46		+67		+83

¹⁾ Durchschnittsbezug einschl. aller Sonderzahlungen und Sachbezüge — ²⁾ Ohne Lehrlinge und ohne Kinderbeihilfen jedoch einschl. Wohnungsbeihilfen — ³⁾ Einschl. Kinder- und Wohnungsbeihilfen — ⁴⁾ Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent — ⁵⁾ Vorläufige Zahlen.

Übersicht 5

Transfer- und Masseneinkommen

Jahr	Lohn- u Gehaltssumme netto		Transfereinkommen netto		Masseneinkommen netto	
	Mrd S	% ¹⁾	Mrd S	% ¹⁾	Mrd S	% ¹⁾
1950	18,40	.	4,48	.	22,88	.
1951	25,17	+36,8	6,30	+40,7	31,47	+37,6
1952	28,65	+13,8	8,14	+29,2	36,79	+16,9
1953	29,17	+1,8	8,81	+8,3	37,98	+3,3
1954	33,11	+13,5	9,57	+8,6	42,68	+12,3
1955	37,40	+13,0	10,57	+10,5	47,97	+12,4
1956	42,14	+12,7	12,07	+14,2	54,21	+13,0
1957 ²⁾	46,09	+9,4	13,88	+15,0	59,97	+10,6
<i>Zunahme 1950/57 in %</i>						
		+150		+210		+162

¹⁾ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent — ²⁾ Vorläufige Zahlen.

Übersicht 6

Die reale Kaufkraft der Transfer- und Masseneinkommen

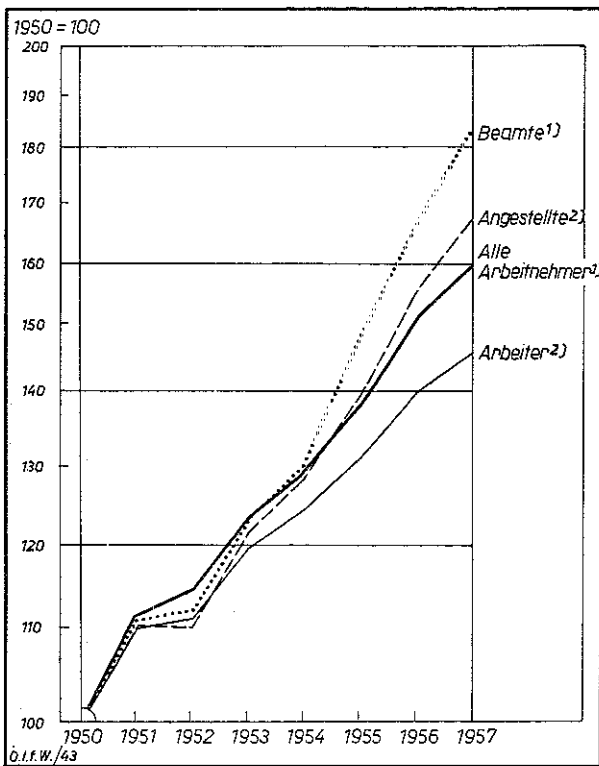
Jahr	Reale Kaufkraft ¹⁾ zu Preisen 1954			
	Transfereinkommen		Masseneinkommen	
	Mrd S	% ²⁾	Mrd S	% ²⁾
1950	6,23	.	31,87	.
1951	7,10	+13,9	35,48	+11,3
1952	8,05	+13,3	36,38	+2,5
1953	9,12	+13,3	39,32	+8,1
1954	9,57	+4,9	42,68	+8,5
1955	10,42	+8,8	47,26	+10,7
1956	11,74	+12,8	52,74	+11,6
1957 ²⁾	13,17	+12,1	56,90	+7,9
<i>Zunahme 1950/57 in %</i>				
		+111		+78

¹⁾ Berechnet auf Grund des Preisindex für den privaten Konsum. — ²⁾ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. — ³⁾ Vorläufige Zahlen.

Die Differenzierung zwischen den Einkommen der Arbeiter, Beamten und Angestellten fiel mit einer Entnivellierung innerhalb dieser Gruppen zusammen. Beide Bewegungen waren hauptsächlich eine Reaktion auf die starke Nivellierung in den unmittelbaren Nachkriegsjahren. Eine wichtige Rolle spielte die Valorisierung der Beamtengehälter. Das Zugeständnis des Bundes, die Beamtengehälter in mehreren Etappen nachzuziehen, leitete nicht nur ähnliche Gehaltsbewegungen im ganzen öffentlichen Sektor ein, sondern gab auch den Gehaltsforderungen der Privatangestellten starken Rückhalt. Auch Marktfaktoren begünstigten ein

Das Realeinkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten

(Normaler Maßstab; 1950 = 100)



¹⁾ Einschl. Kinderbeihilfen — ²⁾ Ohne Kinderbeihilfen, da getrennte Zurechnung nicht möglich

In den Jahren 1950 bis 1957 ist das Realeinkommen (brutto) der Arbeitnehmer um 59% oder um durchschnittlich 7% pro Jahr gestiegen. Besonders stark haben die Realeinkommen der Beamten (+ 83%) und die der Angestellten (+ 67%) zugenommen. Die Steigerung der Reallöhne der Arbeiter blieb mit 46% unter dem Durchschnitt. Die stärkere Differenzierung der Einkommen ist hauptsächlich eine Reaktion auf die Nivellierung in den ersten Nachkriegsjahren. Die Spannen zwischen Löhnen und Gehältern sind noch immer geringer als vor dem Kriege.

relativ stärkeres Steigen der Gehälter. Die Nachfrage der Wirtschaft nach Angestellten hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Besonders an Spezialkräften, denen vielfach im Ausland bessere Verdienst- und Entwicklungsmöglichkeiten geboten wurden, bestand ein empfindlicher Mangel. Im Jahre 1957 beschäftigte die österreichische Wirtschaft um 32% mehr Angestellte und um 10% mehr Beamte, aber um 2% weniger Arbeiter (ohne Lehrlinge) als im Jahre 1950.

Da sowohl die Verdienste als auch die Zahl der Angestellten und Beamten stärker stiegen als die der Arbeiter, hat sich die Struktur der Lohn- und Gehaltssumme verschoben. Im Jahre 1950 entfielen noch 60% der gesamten Arbeitseinkommen auf Arbeiter und nur 24% und 13% auf Angestellte und

Beamte. Im Jahre 1957 hatten die beiden letzten Gruppen bereits Anteile von 30% und 16%, während der Anteil der Arbeiter auf 49% zurückgegangen ist.

Übersicht 8 Die soziale Struktur der Lohn- und Gehaltssumme

	1950		1957 ¹⁾	
	Mrd S	%	Mrd S	%
Löhne	12 63	59 9	26 39	49 2
Angestelltegehälter	4 99	23 7	16 16	30 1
Beamtegehälter	2 85	13 5	8 38	15 6
Sonstiges ²⁾	0 62	2 9	2 76	5 1
Lohn- und Gehaltssumme insgesamt	21 09	100 0	53 69	100 0

¹⁾ Vorläufige Zahlen — ²⁾ Lehrlinge, Kinderbeihilfen, Wehrsold und Sachbezüge der Militärpersonen

Im Gegensatz zur stärkeren sozialen Differenzierung der Arbeitseinkommen haben sich die Einkommensunterschiede zwischen verschiedenen Wirtschaftszweigen verringert. In der Industrie, die von den sechs Wirtschaftszweigen, für die getrennte Berechnungen möglich waren, die höchsten Löhne und Gehälter zahlt¹⁾, stiegen die durchschnittlichen Arbeitseinkommen im Zeitraum 1950 bis 1957 nur um 100%, weit weniger als in der Gesamtwirtschaft (+ 134%), obwohl gerade dieser Wirtschaftszweig seine Produktivität überdurchschnittlich zu steigern vermochte. Besonders stark stiegen die Verdienste im öffentlichen Dienst mit 174% und in der Land- und Forstwirtschaft mit 143%. Im öffentlichen Dienst wirkte sich die Nachziehung der Beamtengehälter aus, während die Landwirtschaft durch die anhaltende Abwanderung von Arbeitskräften in andere Wirtschaftszweige gezwungen ist, ihre Löhne allmählich denen der gewerblichen Wirtschaft anzunähern. Aber auch im Baugewerbe und im sonstigen Gewerbe, einschließlich Handel und Dienstleistungen, stiegen Löhne und Gehälter etwas stärker als in der Industrie. Trotzdem konnte der Vorsprung der Industrie erst teilweise aufgeholt werden. Die Landarbeiterlöhne erreichten im Jahre 1957 60% und selbst real (wenn die Naturrallöhne zu Verbraucherpreisen bewertet werden) nur etwa 70% der Industriearbeiterlöhne.

Die stark unterschiedliche Entwicklung der Arbeitseinkommen zwingt zu vorsichtigem Umgang mit lohnstatistischem Material. Ergebnisse von Teilindizes für bestimmte Wirtschaftszweige (z. B. die

¹⁾ Im öffentlichen Dienst ist das Durchschnittseinkommen der Arbeitnehmer etwas höher als in der Industrie. Der Vorsprung der Verwaltung beruht jedoch ausschließlich darauf, daß sie relativ mehr Angestellte und weniger Arbeiter beschäftigt. Die Löhne und Gehälter sind in der Industrie am höchsten.

Übersicht 9

Die Arbeitseinkommen nach Wirtschaftszweigen

Jahr	Bruttoeinkommen pro Arbeitnehmer ¹⁾					Sonstige
	Industrie	Land- u. Forstwirt	Bau- u. Gewerbe S pro Monat	Bahn, Post ²⁾	Öffentl. Verwalt ²⁾	
1950	1 014	503	916	1 032	1 000	782
1951	1 357	687	1 234	1 423	1 364	1 056
1952	1 541	848	1 455	1 646	1 576	1 209
1953	1 589	913	1 488	1 692	1 657	1 252
1954	1 691	967	1 652	1 804	1 771	1 363
1955	1 819	1 030	1 742	2 050	2 095	1 431
1956	1 920	1 132	1 844	2 281	2 372	1 620
1957 ³⁾	2 029	1 222	1 975	2 522	2 742	1 766
Zunahme 1950/57 in %	+100	+143	+116	+144	+174	+126

¹⁾ Einschl aller Sonderzulagen und Sachbezüge, jedoch (mit Ausnahme von Bahn, Post und öffentl. Dienst) ohne Kinderbeihilfen. — ²⁾ Das hohe Durchschnittseinkommen im öffentlichen Dienst erklärt sich aus der Beschäftigtenstruktur (fast keine Lehrlinge, weniger als 20% Arbeiter, dagegen über 80% Beamte und Angestellte) — ³⁾ Vorläufige Zahlen.

Industrie) oder bestimmte soziale Gruppen (z B Arbeiter) dürfen nur mit großem Vorbehalt verallgemeinert werden. Dies gilt insbesondere, wenn Lohnindizes mit anderen statistischen Reihen, wie etwa mit Preis- oder Produktivitätsindizes verglichen werden, um Anhaltspunkte über die Entwicklung der Reallöhne oder die Verteilung des Volkseinkommens zu gewinnen¹⁾.

Die Lohn- und Gehaltssumme

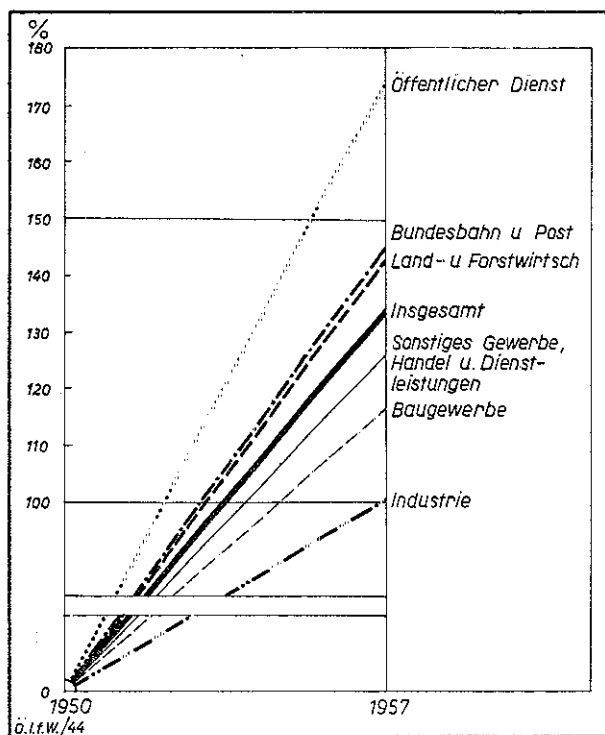
Die Gesamteinkommen der unselbständig Erwerbstätigen können aus drei verschiedenen statistischen Quellen ermittelt werden:

- den Beiträgen zum Kinderbeihilfen-Ausgleichsfonds,
- den halbjährigen Erhebungen des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger über Zahl und Einkommen der sozialversicherten Beschäftigten und
- den in Abständen von vier Jahren erstellten Lohnsteuerstatistiken des Bundesministeriums für Finanzen

¹⁾ Diese Zusammenhänge lassen sich durch folgendes Beispiel verdeutlichen. Vergleicht man die Indizes der Industriearbeiterverdienste, der Lebenshaltungskosten und der industriellen Produktivität, so ergibt sich, daß in der Industrie die Realverdienste seit 1952 weniger stark gestiegen sind als die industrielle Produktivität (siehe: „Lohneinkommen und Lohnstruktur in Österreich“, Beilage Nr. 50 zu den Monatsberichten, November 1957, S 10) Andererseits hat nach Berechnungen der Volkseinkommensstatistik der Anteil der Lohn- und Gehaltssumme am Volkseinkommen im gleichen Zeitraum etwas zugenommen. Diese zunächst widerspruchsvoll erscheinenden Ergebnisse sind jedoch durchaus miteinander vereinbar, denn in der Industrie sind die Arbeiterlöhne schwächer, die Produktivität aber stärker gestiegen als im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft

Die Arbeitseinkommen nach Wirtschaftszweigen

(Normaler Maßstab; 1950 = 100)



An der Einkommenssteigerung seit Beginn der Stabilisierung haben nicht alle Wirtschaftszweige gleichmäßig partizipiert. Überraschenderweise stiegen die Arbeitnehmereinkommen in der Industrie (+ 100%) am schwächsten. Im Baugewerbe erreichten die Einkommenssteigerungen 116%, in der Land- und Forstwirtschaft 143% und in der Gruppe „Sonstiges“ (Gewerbe, Handel, Dienstleistungen) 126%. Am stärksten stiegen dank dem Gehaltsgesetz 1956 die Löhne und Gehälter bei Bahn und Post (+ 144%) und im öffentlichen Dienst (174%).

Die vorliegende Arbeit stützt sich hauptsächlich auf die zuerst genannte Unterlage. Die Sozialversicherungstatistik und die Lohnsteuerstatistik wurden nur ergänzend herangezogen, um die Gesamtergebnisse zu überprüfen und zusätzliche Gliederungen zu gewinnen. Für die Berechnung aus den Beiträgen zum Kinderbeihilfen-Ausgleichsfonds sprach zunächst, daß durch die Gebarung des Fonds und ergänzende Statistiken der öffentlichen Körperschaften 93% (1957) der gesamten Lohn- und Gehaltssumme erfaßt werden. Von den restlichen 7% lassen sich 6% ziemlich verlässlich aus anderen statistischen Quellen indirekt ermitteln und nur 1% muß grob geschätzt werden. Demgegenüber beträgt der Repräsentationsgrad der Sozialversicherungstatistik etwa 80% (1956) und jener der Lohnsteuerstatistik 79% (1953), wobei die fehlenden statistischen Massen nur annäherungsweise erfaßt werden können. Ein weiterer Vorzug der gewählten Be-

rechnungsmethode besteht darin, daß die Ergebnisse laufend und bereits zwei Monate nach einem Lohnzahlungszeitraum verfügbar sind. Die zweimal im Jahr erhobene Sozialversicherungsstatistik wird in der Regel ein halbes Jahr nachher und die nur alle vier Jahre erstellte Lohnsteuerstatistik frühestens zwei Jahre nachher veröffentlicht.

Berechnung aus den Beiträgen zum Kinderbeihilfen-Ausgleichsfonds

Nach dem Kinderbeihilfengesetz vom 16. Dezember 1949 sind ab 1950 alle Arbeitgeber zu Beiträgen verpflichtet, die in Prozent der ausbezahlten Lohn- und Gehaltssumme bemessen werden. Der Beitragssatz wurde am 1. Oktober 1950 von ursprünglich 2% auf 3% erhöht und beträgt seit 16. Juli 1951 6%. Ausgenommen von der Beitragspflicht sind die Verwaltung des Bundes, der Länder und der Gemeinden (ab 2.000 Einwohner) sowie Bundesbahn und Post. Außerdem werden Steuerbegünstigungen an Kleinbetriebe mit monatlichen Lohnsummen bis zu 3.000 S gewährt. Diese Betriebe dürfen einen monatlichen Freibetrag von 1.000 S absetzen. Beitragsgrundlage ist der gesamte Geld- und Sachbezug einschließlich allen Sonderzulagen mit Ausnahme der Wohnungs- und Kinderbeihilfen sowie der Lehrlingsentschädigungen.

Aus den periodenbereinigten Zahlungseingängen¹⁾ beim Kinderbeihilfen-Ausgleichsfonds läßt sich mit Hilfe einer einfachen Schlußrechnung die gesamte beitragspflichtige Lohn- und Gehaltssumme ermitteln. Die Löhne und Gehälter der öffentlichen Verwaltung, der Bundesbahn und der Post, die keine Beiträge leisten, können unmittelbar aus den Gebahrungsergebnissen der öffentlichen Körperschaften entnommen werden. Auf diese Weise werden bis zu 93% der gesamten Lohn- und Gehaltssumme rasch und verlässlich erfaßt. Für die Restgröße sind etwas komplizierte Berechnungen und Überlegungen notwendig, die jedoch nur in größeren Zeitabständen durchgeführt werden brauchen. Die vierteljährlichen und teilweise auch die jährlichen Ergebnisse können ohne nennenswerte Fehler auf Grund des zuletzt festgestellten Repräsentationsgrades der durch den Kinderbeihilfen-Ausgleichsfonds und dem öffentlichen Rechnungswesen erfaßten Lohn- und Gehaltssumme fortgeschrieben werden.

Die vom Kinderbeihilfen-Ausgleichsfonds und vom öffentlichen Rechnungswesen nicht erfaßten Einkommen wurden wie folgt ermittelt.

¹⁾ Die Beiträge zum Kinderbeihilfen-Ausgleichsfonds werden jeweils am 10. eines Monats für die im Vormonat ausbezahlte Lohn- und Gehaltssumme fällig.

Übersicht 10

Berechnung der Lohn- und Gehaltssumme aus den Beiträgen zum Kinderbeihilfen-Ausgleichsfonds

	1953	1954	1955	1956	1957 ¹⁾
A Beitragspflichtige Lohn- und Gehaltssumme²⁾	21 97	25 10	28 88	32 96	36 30
B Öffentlicher Personalaufwand³⁾					
Bund (Hoheitsverwaltung)	2 92	3 18	3 74	4 24	4 74
Länder	0 63	0 68	0 80	0 93	1 07
Gemeinden (über 2.000 Einwohner)	1 17	1 24	1 52	1 70	1 88
Bundesbahn und Post	2 41	2 53	2 97	3 38	3 80
Sold und Sachbezüge der Militärpersonen	—	—	0 05	0 76	1 05
	7 13	7 63	9 08	11 01	12 54
Abzögl. darin enthaltene Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung	0 37	0 40	0 50	0 58	0 66
Summe B	6 76	7 23	8 58	10 43	11 88
C Sonstige beitragsfreie bzw. statistisch nicht erfaßte Einkommensteile					
Freibeträge für Kleingewerbe und Landwirtschaft	1 88	1 88	1 91	1 96	2 04
Steuerliche Unterbewertung der landwirtschaftlichen Naturallöhne	0 39	0 39	0 32	0 28	0 29
Wohnungsbeihilfen an private Dienstnehmer	0 44	0 45	0 48	0 50	0 51
Kinderbeihilfen an private Dienstnehmer	1 20	1 24	1 38	1 48	1 50
Lehrlingsentschädigung	0 32	0 38	0 49	0 58	0 64
USIA- und Besatzungsausfall (bis Mitte 1955)	0 50	0 40	0 20	—	—
Statistisch nicht erfaßte Beschäftigte	0 56	0 59	0 57	0 50	0 53
Summe C	5 29	5 33	5 35	5 30	5 51
Gesamte Lohn- und Gehaltssumme (brutto) (A + B + C)	34 02	37 66	42 81	48 69	53 69

¹⁾ Vorläufige Zahlen. — ²⁾ Auf Grund der periodenbereinigten Eingänge beim Kinderbeihilfen-Ausgleichsfonds. — ³⁾ Nur Verwaltung der Gebietskörperschaften einschl. Bundesbahn und Post. Alle übrigen öffentlichen Betriebe sind beitragspflichtig.

Freibeträge für Kleingewerbe und Landwirtschaft

Der Freibetrag von 1.000 S monatlich für Betriebe mit einer monatlichen Lohnsumme bis zu 3.000 S kann praktisch nur von Kleinbetrieben beansprucht werden, die höchstens zwei unselbständige Arbeitskräfte (ohne Lehrlinge) beschäftigen. Betriebe mit drei und mehr Arbeitnehmern haben in der Regel eine größere Lohnsumme als 3.000 S und sind voll beitragspflichtig. Mit Hilfe der Betriebsgrößengliederung der Sozialversicherungsstatistik kann annähernd geschätzt werden, wie viele Betriebe nur ein oder zwei unselbständige Arbeitskräfte beschäftigen²⁾. Die auf diese Weise ermittelte Zahl der begünstigten Betriebe wurde mit dem jährlichen Freibetrag multipliziert.

Steuerliche Unterbewertung der landwirtschaftlichen Naturallöhne

Finanzbehörden und Sozialversicherung bewerten die Deputatlöhne, vor allem die sogenannte

²⁾ Die Sozialversicherungsstatistik gliedert die Betriebe nur nach der Gesamtzahl der unselbständig Beschäftigten, einschließlich Lehrlinge. Die Größenverteilung der Betriebe nach Ausschaltung der Lehrlinge wurde unter der Annahme geschätzt, daß sich die Lehrlinge proportional zur Beschäftigtenzahl auf die Betriebsgrößen verteilen.

Übersicht 11

Freibeträge für Kleinbetriebe im Jahre 1953

	Zahl der Betriebe		Freibeträge pro Be- trieb und Jahr S	Insgesamt Mill. S
	a)	b)		
Kleingewerbe				
Betriebe mit 1 Beschäftigten	116.000	82.000	12.000	984
„ „ 2 „	27.000	20.000	12.000	240
„ „ 3 „	15.000	10.000	12.000	120
„ „ 4 „	9.000	3.000	12.000	36
	167.000	115.000		1.380
Landwirtschaft				
Betriebe mit 1 Beschäftigten	35.000	35.000	9.000 ¹⁾	315
„ „ 2 „	11.500	11.500	12.000	138
„ „ 3 „	4.200	4.200	12.000	50
	50.700	50.700		503
Insgesamt	218.000	166.000		1.883

a) Vor b) Nach Ausscheidung der Lehrlinge unter der Annahme einer gleichmäßigen Verteilung der Lehrlinge auf die Betriebsgrößen. In landwirtschaftlichen Kleinbetrieben spielen Lehrlinge keine Rolle

¹⁾ Da der Lohn im Jahre 1953 noch unter 1.000 S lag, konnte der Freibetrag nicht voll ausgenutzt werden

„freie Station“, zu Pauschalsätzen. Die amtlich festgesetzten Sätze waren in den letzten Jahren viel niedriger als der Wert der Sachbezüge berechnet zu Erzeugerpreisen. Bis Anfang 1959 ist eine schrittweise Annäherung auf 80% bis 90% des tatsächlichen Wertes vorgesehen. Wie stark die landwirtschaftlichen Naturalbezüge unterbewertet wurden, geht aus einem Vergleich der amtlichen Pauschalsätze mit den von der landwirtschaftlichen Buchführungsgesellschaft ermittelten Durchschnittswerten der „freien Station“ zu Erzeugerpreisen hervor.

Übersicht 12

Unterbewertung der landwirtschaftlichen Naturallöhne

	1953	1954	1955 Schilling	1956	1957
Steuerlicher Pauschalsatz für die „Freie Station“ pro Monat	249	249	278	300	300
Wert der „Freien Station“ zu Erzeugerpreisen ¹⁾	413	418	428	437	450
Unterbewertung pro Monat	164	169	150	137	150
Unterbewertung pro Jahr	1.970	2.030	1.800	1.640	1.800
Sozialversicherte Land- und Forstarbeiter	197.000	191.000	180.000	169.000	160.000
Gesamte Unterbewertung der land- und forstwirtschaftlichen Lohnsumme Mill S	388	388	324	277	288

¹⁾ In Angabe der land- und forstwirtschaftlichen Buchführungsgesellschaft, Wien

Wohnungsbeihilfen an private Dienstnehmer

Laut Wohnungsbeihilfengesetz erhält jeder Arbeitnehmer, soweit er nicht in Hausgemeinschaft mit dem Dienstgeber lebt oder über eine Dienstwohnung verfügt, seit November 1951 eine Wohnungsbeihilfe von 30 S monatlich. Die Wohnungsbeihilfen der nicht beitragspflichtigen öffentlichen Körperschaften sind bereits im öffentlichen Perso-

nalaufwand ausgewiesen. Es brauchte daher nur der Wohnungsbeihilfenaufwand der beitragspflichtigen Wirtschaftszweige zusätzlich erfaßt werden. Landwirtschaftliche Arbeitskräfte und Hauspersonal wohnen überwiegend im Haushalt des Dienstgebers und beziehen daher keine Wohnungsbeihilfe.

Übersicht 13

Wohnungsbeihilfen an private Dienstnehmer

	1953	1954	1955	1956	1957
	in 1.000 Personen				
Beschäftigte insgesamt	1.969	2.022	2.113	2.163	2.206
abzüglich					
Öffentlicher Dienst ¹⁾	224	228	230	239	255
Bahn Post	113	112	116	117	118
Lehrlinge	98	113	134	151	158
Landarbeiter	197	191	180	169	160
Häusliche Dienste usw	70	70	70	70	70
Nicht Sozialversicherte	55	55	45	40	40
	757	769	775	786	801
Private Anspruchsberechtigte	1.212	1.253	1.338	1.377	1.405
Wohnungsbeihilfe pro Jahr	S 360	360	360	360	360
Gesamtaufwand Mill S	436	450	481	496	506

¹⁾ Ohne Kammer- und Sozialversicherung

Kinderbeihilfen an private Dienstnehmer

Die aus dem Kinderbeihilfen-Ausgleichsfonds bezahlten Kinderbeihilfen werden im Bundesrechnungsabschluß ausgewiesen. Die von der Beitragspflicht befreiten öffentlichen Körperschaften und Betriebe zahlen Kinderbeihilfen an ihre Dienstnehmer aus eigenen Mitteln. Sie werden ebenso wie die Wohnungsbeihilfen im Personalaufwand ausgewiesen.

Lehrlingsentschädigungen

Die Zahl der Lehrlinge wird von der Bundeskammer jährlich am 31. Dezember erhoben. Über die Höhe der Lehrlingsentschädigungen liegen verschiedene statistische Unterlagen vor: die Lohnsteuerstatistik 1953 und Tariflohnstatistiken der Handelskammer Wien für die Jahre 1955 bis 1957, getrennt nach Industrie, Handel und Gewerbe. Als Zahl der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Lehrlinge wurde das arithmetische Mittel der Stände zu Jahresende eingesetzt. Die durchschnittliche Lehrlingsentschädigung wurde für die Wirtschaftszweige Industrie, Baugewerbe und Sonstiges Gewerbe (einschließlich Handel) getrennt berechnet. Die Entschädigungssätze in der Industrie und im sonstigen Gewerbe wurden der Tarifstatistik der Handelskammer entnommen. Für die Jahre vor 1955 mußten die Entgelte in Anlehnung an die allgemeine Lohnentwicklung und die für Angestellten-

lehrlinge der Wiener Industrie ausgewiesenen Verdienste zurückgeschrieben werden. Über die Lehrlingsentschädigungen im Baugewerbe, die eine besondere Entwicklung durchmachten, gab die Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter Auskunft

Fehlende Beiträge von Betrieben der Besatzungsmächte

Die Besatzungsmächte führten die gesetzlichen Abgaben nicht immer lückenlos und termingerecht ab. Das gilt teilweise auch für die Beiträge zum Kinderbeihilfen-Ausgleichsfonds. Die Höhe des Ausfalls ist nicht bekannt. Erfahrungsgemäß wurden jedoch Sozialabgaben zum größten Teil, wenn auch zumeist nur schleppend, bezahlt. In der vorliegenden Berechnung wurde angenommen, daß etwa ein Drittel der Beitragsgrundlage der USIA-Betriebe nicht erfaßt wurde. Diese Annahme berücksichtigt bereits, daß auch die Dienststellen der westlichen Besatzungsmächte teilweise keine Beiträge leisteten. Seit dem Staatsvertrag besteht diese Fehlerquelle nicht mehr.

Nicht sozialversicherte Beschäftigte

Von der Sozialversicherung nicht erfaßt werden hauptsächlich landwirtschaftliche Saisonarbeiter, Dienstboten und verschiedene Gelegenheitsarbeiter (Pfuscher). Diese Personen sind entweder nicht sozialversicherungspflichtig, oder unterlassen die Anmeldung. Auf Grund der Volkszählung gab es im Jahre 1951 102.000 unselbständig Erwerbstätige, die weder in der Sozialversicherungsstatistik als Beschäftigte noch in der Arbeitslosenstatistik als Arbeitsuchende aufscheinen. Davon entfiel jedoch ein Großteil auf Arbeitskräfte ohne regelmäßige Beschäftigung. Die Zahl der nicht sozialversicherten Saisonarbeiter in der Landwirtschaft kann aus dem Beschäftigtenindex der Land- und Forstwirtschaftlichen Buchführungsgesellschaft abgeleitet werden, die sämtliche Arbeitskräfte in den von ihnen betreuten Betrieben erfaßt. Sie hat in den letzten Jahren teils infolge der Ausweitung der Sozialversicherung und teils infolge der Mechanisierung der Landarbeit stetig abgenommen. Der Durchschnittslohn für Saisonarbeiter ist nach verschiedenen Informationen gleich hoch wie der für ständige Arbeitskräfte. Die Zahl der nicht landwirtschaftlichen Gelegenheitsarbeiter wurde als annähernd konstant angenommen. Ihre Einkommen wurden grob geschätzt. Die Lohnsumme der nicht sozialversicherten Beschäftigten erreichte im Jahre 1957 nur noch 10% der gesamten Lohn- und Gehaltssumme. Fehler in

dieser Restgröße wirken sich daher auf das Gesamtergebnis nur wenig aus¹⁾.

Übersicht 14

Zahl und Einkommen¹⁾ der nicht sozialversicherten Beschäftigten

	1953	1954	1955 Personen	1956	1957
Landwirtschaftliche Saison- und Hilfskräfte	33 000	32 000	20 000	17 000	15 000
Sonstige Gelegenheitsarbeiter	22 000	23 000	25 000	23 000	25 000
Zusammen	55 000	55 000	45 000	40 000	40 000
Durchschnittslohn	S 850	900	950	1 030	1 100
Lohnsumme	Mill S 561	594	570	494	528

¹⁾ Schätzung

Vergleich der Ergebnisse mit der Lohnsteuer- und Sozialversicherungsstatistik

Der *Hauptverband der Sozialversicherungsträger* veröffentlicht halbjährlich Statistiken über die sozialversicherten Beschäftigten, gegliedert nach Einkommensstufen. Diese Statistik, auf die sich bisher die Berechnung der Lohn- und Gehaltssumme in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung²⁾ vornehmlich stützte, weist einige Lücken auf, die durch mehr oder minder fundierte Schätzungen überbrückt werden müssen. Sie ist zunächst eine Stichtagserhebung (jeweils zum 1. August), deren Ergebnisse sich nicht ohne weiteres auf Jahresergebnisse umrechnen lassen. Ferner werden nur die sozialversicherungspflichtigen Einkommen erfaßt, nicht aber Weihnachts- und Urlaubsummern, Prämien, Überstundenzuschläge und Sonderzulagen aller Art. Ein weiterer Mangel besteht schließlich darin, daß die Einkommen nur bis zur oberen Grenze der Beitragsgrundlage (gegenwärtig 3 600 S) nach ihrer Höhe gegliedert werden. Wie groß das Durchschnittseinkommen der Arbeiter und Angestellten ist, die mehr als 3 600 S monatlich verdienen, geht aus der Statistik nicht hervor. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung hat sich bisher mit mehr oder weniger groben Annahmen geholfen. Die sozialversicherungsfreien Einkommensanteile wurden durch einen globalen Zuschlag abgegolten der von Fall zu Fall geschätzt wurde. Weiters wurde die Einkommensverteilung über die Höchstbeitragsgrundlage hinaus mit Hilfe mathematischer Verfahren (*Pareto-Kurve*) extrapoliert. Die auf diese Weise gewonnenen Gesamtergebnisse stimmen gut mit der Berechnung aus den Beiträgen

¹⁾ In diesen Restgrößen sind allerdings nur die Löhne der nicht sozialversicherten Beschäftigten erfaßt, nicht aber das Nebeneinkommen von Arbeitskräften, die einer ständigen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen.

²⁾ Siehe: Beilage Nr. 51 zu den Monatsberichten „Österreichs Volkseinkommen im Jahre 1956“, November 1957, S 6

des Kinderbeihilfen-Ausgleichsfonds überein. Die Abweichungen erreichten im ungünstigsten Fall $1/2^0/0$. Kontrollrechnungen ergaben jedoch, daß dieses Verfahren das Verhältnis zwischen Löhnen und Gehältern nicht richtig widerspiegelt. Die durchschnittlichen Arbeiterlöhne wurden etwas überschätzt, die durchschnittlichen Angestelltengehälter aber, die zu einem erheblichen Teil über der Höchstbeitragsgrundlage liegen, unterschätzt.

Übersicht 15

Die Lohn- und Gehaltssumme im Jahre 1956 auf Grund der Sozialversicherungsstatistik¹⁾

	Beschäftigte	Jahreslohnsumme	Monatsdurchschnittslohn pro Kopf
		Mill. S	S
1. Gebietskrankenkassen	1.589.800	27.958	1.466
2. Betriebskrankenkassen	35.400	835	1.964
3. Bergarbeiter-Versicherungsanstalt	41.700	1.038	2.075
4. Landwirtschaftskrankenkassen	184.000	2.496	1.130
5. Versicherungsanstalt der österr. Eisenbahnen	88.000	1.809	1.714
6. Krankenfürsorgeanstalten in Wien und den Bundesländern	57.800	1.525	2.200
7. Krankenversicherungsanstalt der Bundesangestellten	124.500	3.288	2.200
Summe 1—7.	2.121.200	38.949	1.530
8. Von der Sozialversicherung nicht erfaßt:			
Zivile Beschäftigte	50.000	600	1.000
Wehrdienstpflichtige	1.600	—	—
9. Zuschlag für den vom Sozialversicherungsbeitrag freien Lohnanteil ²⁾		7.065	
Sold und Sachbezüge der Militärpersonen		498	
	2.172.800	47.112	1.807
10. Kinderbeihilfen ³⁾		1.481	
Summe 1—10.	2.172.800	48.593	1.864

¹⁾ Siehe Beilage Nr. 51 zu den Monatsberichten „Österreichs Volkseinkommen im Jahre 1956“ Dezember 1957 S. 6 — ²⁾ Wohnungsbeihilfe, 13 und 14. Monatsgehalt Sonderzahlungen und Sachbezüge aller Art sowie Kinderbeihilfen an öffentliche Dienstnehmer — ³⁾ Kinderbeihilfen, soweit sie aus dem Ausgleichsfonds bezahlt werden

Die Lohnsteuerkarten wurden bisher im Auftrag des Finanzministeriums zweimal (1949 und 1953) zu einer umfassenden *Lohnsteuerstatistik* aufgearbeitet. (Eine dritte Erhebung für 1957 wird gegenwärtig vorbereitet.) Während sich die erste Erhebung für eine statistische Auswertung noch nicht eignete, gelang es in der zweiten, immerhin 92% aller Angestellten, 69% der Arbeiter und 44% der Lehrlinge zu erfassen. Aus diesen Grundlagen läßt sich für das Stichjahr 1953 die Gehaltssumme ausreichend genau berechnen. Der geringe Ausfall kann durch fundierte Schätzungen leicht ergänzt werden. Weit schwieriger ist die Ermittlung der Lohnsumme. Da vor allem viele Klein- und Kleinstbetriebe der Land- und Forstwirtschaft, des Gewerbes und verschiedener Dienstleistungszweige die Lohnsteuerkarten nicht ordnungsgemäß abgeführt

haben, sind die Durchschnittslöhne der nicht erfaßten Arbeiter offenbar viel niedriger als die der statistisch erfaßten Arbeiter. Die ziemlich große Restgröße läßt sich nur annäherungsweise schätzen. Trotzdem ergab ein Versuch die Lücken in der Steuerstatistik durch plausible Annahmen zu schließen, gute Ergebnisse

Übersicht 16

Schätzung der Lohn- und Gehaltssumme auf Grund der Lohnsteuerstatistik 1953

	Beschäftigte	Durchschnittseinkommen pro Monat	Lohnsumme
	in 1 000	S	Mill. S
1. Arbeiter			
a) Von der Statistik erfaßte Arbeiter:			
Ganzjährig Vollbeschäftigte	631	1.355	10.263
minus erfaßte Land- und Forstarbeiter ¹⁾	—66	710	—565
	565	1.420	9.698
Nicht ganzjährig Beschäftigte	317	780	2.969
Umrechnung auf Vollbeschäftigte ²⁾	—79	—	—
	238	1.040	2.969
b) Von der Statistik nicht erfaßte Arbeiter:			
Alle Land- und Forstarbeiter ¹⁾	231	875	2.422
Sonstige Arbeiter (Restgruppe ³⁾)	231	820	2.274
Arbeiter insgesamt	1.265	1.144	17.363
zuzüglich:			
Sonderzahlungen, versteuert			170
„ steuerfrei (bis 1.200 S)			642
Wohnungsbeihilfen			370
Kinderbeihilfen an Arbeiter im öffentl. Dienst			65
Gesamtbezüge der Arbeiter	1.265	1.226	18.610
2. Angestellte			
a) Von der Statistik erfaßte Angestellte:			
Ganzjährig Vollbeschäftigte	523	1.760	11.037
Nicht ganzjährig Beschäftigte	55	784	517
Umrechnung auf Vollbeschäftigte ²⁾	—22	—	—
	33	1.300	517
b) Nicht erfaßte Angestellte (Restgruppe)	50	1.200	720
Angestellte insgesamt	606	1.688	12.274
zuzüglich:			
Sonderzahlungen, versteuert			523
„ steuerfrei (bis 1.200 S)			670
Wohnungsbeihilfen			203
Kinderbeihilfen an öffentl. Angestellte			235
Pensionsbeiträge von Sonderzahlungen			15
Gesamtbezüge der Angestellten	606	1.914	13.920
3. Lehrlinge			
a) Ganzjährig beschäftigte Lehrlinge	34	355	144
b) Teilbeschäftigte (umgerechnet)	9	334	36
c) Nicht erfaßte Lehrlinge (Restgruppe)	55	210	140
Gesamtbezüge der Lehrlinge	98	272	320
Alle Arbeitnehmer	1.969	1.390	32.850
dazu Kinderbeihilfen an private Dienstnehmer	—	—	1.200
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	1.969	1.441	34.050

¹⁾ Da nur weniger als 30% der Land- und Forstarbeiter von der Lohnsteuerstatistik erfaßt werden konnten, wurden die statistisch erfaßten Landarbeiter zunächst ausgeschieden und die gesamte Land- und Forstarbeiterschaft auf Grund von Löhnerhebungen der land- und forstwirtschaftlichen Buchführungsgesellschaft, Wien, unter 1b berücksichtigt. —

²⁾ Unter der Annahme einer durchschnittlichen Beschäftigungsdauer von 9 Monaten. —

³⁾ Davon sind etwa 25% bis 30% Hausgehilfinnen und Hauswarte, rd. 20% Bauhelfer und dgl., 15% bis 20% Schneiderinnen, Gaststättenarbeiter, Friseur usw. Der Rest besteht überwiegend aus Heim-, Saison- und Gelegenheitsarbeitern mit Ausnahme der Landwirtschaft (s. oben). Die Gruppe umfaßt laut Kommentar zur Lohnsteuerstatistik überwiegend niedrig bezahlte (meist weibliche) Arbeitnehmergruppen in Kleinstbetrieben. Das Durchschnittseinkommen wurde geschätzt. — ⁴⁾ Unter der Annahme einer durchschnittlichen Beschäftigungsdauer von 7 Monaten.

Die Lohn- und Gehaltssumme

	1 9 5 0			1 9 5 1			1 9 5 2		
	a)	b)	c)	a)	b)	c)	a)	b)	c)
Industrie²⁾									
Arbeiter	430 0	4 954	960	454 0	6 973	1 280	433 5	7 517	1 445
Angestellte	64 0	1 167	1 520	68 5	1 685	2 050	71 0	1 994	2 340
Lehrlinge	11 0	26	200	11 5	37	270	12 5	51	340
Insgesamt	505 0	6.147	1.014	534 0	8.695	1.357	517 0	9.562	1.541
Land- und Forstwirtschaft²⁾									
Arbeiter	281 0	1 635	485	254 0	2 012	660	231 8	2 267	815
Angestellte	11 0	129	980	11 0	174	1.320	11 2	207	1.540
Insgesamt	292 0	1.764	503	265 0	2 186	687	243 0	2.474	848
Baugewerbe²⁾									
Arbeiter	151 0	1 613	890	163 0	2 347	1 200	136 0	2 326	1 425
Angestellte	13 8	252	1 520	14 8	361	2 030	14 9	401	2 245
Lehrlinge	10 0	57	480	10 0	72	600	9 0	65	600
Insgesamt	174 8	1.922	916	187 8	2.780	1.234	159 9	2.792	1.455
Bundesbahn und Post²⁾									
Arbeiter	25 1	308	1 020	22 3	376	1 405	19 6	396	1 685
Angestellte	94 9	1.178	1.035	95 4	1.633	1.425	94 6	1.859	1.640
Insgesamt	120 0	1.486	1.032	117 7	2.009	1.422	114 2	2.255	1.646
Öffentliche Verwaltung²⁾									
Arbeiter	41 0	440	894	42 0	620	1 230	42 0	720	1 429
Angestellte	192 5	2.361	1.022	199 0	3.325	1.392	201 0	3.876	1.607
Insgesamt	233 5	2.801	1.000	241 0	3.945	1.364	243 0	4.596	1.576
Sonstiges									
Arbeiter	444 5	3 681	690	439 5	4 853	920	442 0	5 491	1 035
Angestellte	184 0	2 760	1 250	192 5	3 893	1 685	206 0	4 747	1 920
Lehrlinge	72 0	130	150	71 0	162	190	70 5	186	220
Insgesamt	700 5	6.571	782	703 0	8.908	1.056	718 5	10.424	1 209
Alle Wirtschaftszweige									
Arbeiter	1 372 5	12 631	767	1 375 0	17 181	1 041	1 305 0	18 717	1 195
Angestellte	336 0	4 993	1 238	346 0	6 984	1 682	363 0	8 348	1 916
Beamte ²⁾	224 5	2 854	1 059	235 1	4 087	1 449	235 5	4 736	1 676
Lehrlinge	93 0	213	191	92 5	271	244	92 0	302	273
dazu									
Kinderbeihilfen ³⁾		399			777			1 127	
Sold und Sachbezüge der Militärpersonen ⁴⁾		—			—			—	
Insgesamt	2.026	21.090	867	2.049	29.300	1.192	1.995 5	33.230	1.388

a) Zahl der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Personen in 1 000.

b) Jahreslohnsomme, brutto in Mill. S.

c) Monatliches Durchschnittseinkommen pro Kopf in S.

1) Vorläufige Ergebnisse. — 2) Ohne Kinderbeihilfen, jedoch einschließlich Wohnungsbeihilfen. — 3) Mit Kinderbeihilfen und einschließlich Wohnungsbeihilfen. — 4) Umfaßt 80% der Gruppe „Verkehr“. Der übrige Verkehr wird in der Gruppe „Sonstiges“ ausgewiesen. — 5) Nur Kinderbeihilfen an private Arbeitnehmer, die aus dem Ausgleichsfonds

Die Struktur der Arbeitseinkommen

Lohnstatistische Ergebnisse wurden bisher in zwei verschiedenen Bereichen der Wirtschaftsstatistik erarbeitet. Einmal bemühte sich die Statistik des Volkseinkommens um jährliche Berechnungen der gesamten Lohn- und Gehaltssumme, hauptsächlich auf Grund der Sozialversicherungsstatistik. Die Ergebnisse fielen erst ziemlich spät an und eigneten sich daher nicht für die laufende Wirtschaftsbeobachtung. Zum anderen wurden für einzelne Wirtschaftszweige und einzelne Kategorien von Arbeitnehmern monatlich Lohn- und Verdienstatistiken berechnet, die laufend zur Beurteilung der lohnpolitischen Situation herangezogen und mangels ausreichender sonstiger Unterlagen oft unzulässig verallgemeinert wurden. Zwischen beiden Bereichen der lohnstatistischen Forschung bestand bisher kein Zusammenhang.

Die vorliegende Arbeit versucht erstmalig, die Gesamtergebnisse der Volkseinkommensstatistik und die für bestimmte Teilausschnitte der Volkswirtschaft verfügbaren Lohn- und Gehaltsindizes aufeinander abzustimmen und aus ihnen ein einheitliches lohnstatistisches System aufzubauen. Die statistische Fundierung weist unvermeidlich noch Schwächen auf. Zwar liegen für wichtige Berufsgruppen und Wirtschaftszweige gute Unterlagen vor. In einigen Fällen mußte jedoch auf Analogieschlüsse, fundierte Annahmen und andere Hilfsmittel der statistischen Schätzung zurückgegriffen werden. Auch konnte die Lohn- und Gehaltssumme nicht so weit aufgegliedert werden, als es für die Zwecke der wirtschaftlichen Analyse wünschenswert wäre. Trotz diesen Einschränkungen bieten die Ergebnisse einen umfassenden und für die meisten praktischen Zwecke hinreichend genauen Überblick über Höhe und Struktur der Arbeitseinkommen in

nach Wirtschaftszweigen

1 9 5 3			1 9 5 4			1 9 5 5			1 9 5 6			1 9 5 7 ¹⁾		
a)	b)	c)	a)	b)	c)	a)	b)	c)	a)	b)	c)	a)	b)	c)
416 9	7 430	1 485	435 2	8 251	1 580	464 7	9 473	1 699	484 4	10 355	1 781	491 3	10 964	1 860
70 3	2 074	2 459	73 5	2 355	2 670	77 7	2 741	2 940	82 7	3 152	3 176	89 8	3 680	3 415
14 5	60	345	18 0	80	370	22 0	106	400	24 5	124	420	26 0	137	440
501 7	9 564	1 589	526 7	10 686	1 691	564 4	12 320	1 819	591 6	13 631	1 920	607 1	14 781	2 029
230 7	2 422	875	223 4	2 466	920	200 2	2 330	970	186 0	2 321	1 040	175 4	2 330	1 110
11 3	229	1 690	11 6	260	1 870	11 8	290	2 050	15 0	410	2 280	15 6	470	2 500
242 0	2 651	913	235 0	2 726	967	212 0	2 620	1 030	201 0	2 731	1 132	191 0	2 800	1 222
130 3	2 283	1 460	146 3	2 844	1 620	162 8	3 360	1 720	160 9	3 533	1 830	161 8	3 811	1 963
14 6	397	2 265	14 9	464	2 595	15 8	516	2 720	17 3	595	2 865	17 4	643	3 080
8 7	63	600	8 9	64	600	10 5	76	600	12 6	94	620	13 0	101	64 5
153 6	2 743	1 488	170 1	3 372	1 652	189 1	3 952	1 742	190 8	4 222	1 844	192 2	4 555	1 975
17 9	364	1 695	17 1	385	1 876	20 9	485	1 934	21 1	522	2 061	21 0	560	2 220
94 6	1 920	1 692	94 5	2 031	1 792	94 7	2 359	2 075	95 8	2 677	2 329	97 3	3 020	2 590
112 5	2 284	1 692	111 6	2 416	1 804	115 6	2 844	2 050	116 9	3 199	2 281	118 3	3 580	2 520
40 5	690	1 420	41 5	750	1 506	42 0	820	1 627	47 5	1 010	1 772	47 0	1 100	1 950
201 5	4 121	1 704	204 5	4 479	1 825	206 0	5 414	2 190	207 0	6 233	2 509	208 0	7 290	2 920
242 0	4 811	1 657	246 0	5 229	1 771	248 0	6 234	2 096	254 5	7 243	2 372	255 0	8 390	2 742
428 5	5 391	1 048	427 5	5 840	1 138	449 5	6 430	1 192	438 5	6 976	1 326	444 0	7 625	1 430
213 5	5 179	2 021	219 5	5 905	2 242	233 0	6 728	2 406	252 5	8 315	2 744	261 0	9 437	3 010
75 0	198	220	86 0	241	235	101 5	305	250	114 0	362	265	119 0	402	280
717 0	10 768	1 252	733 0	11 986	1 363	784 0	13 463	1 431	805 0	15 653	1 620	824 0	17 464	1 766
1 265 0	18 580	1 224	1 291 0	20 536	1 326	1 340 0	22 898	1 424	1 338 5	24 717	1 539	1 340 5	26 390	1 640
369 0	8 930	2 017	380 0	10 074	2 209	398 0	11 623	2 434	426 5	14 047	2 745	443 5	16 160	3 036
236 7	4 990	1 757	238 4	5 420	1 895	241 2	6 425	2 220	243 8	7 535	2 507	245 8	8 380	2 840
98 0	321	274	113 0	385	284	134 0	487	303	151 0	580	320	158 0	640	336
	1 199			1 245			1 377			1 481			1 500	
	—			—			—		3 3	530		18 0	620	
1 969	34 020	1 440	2 022	37 660	1 552	2 113	42 810	1 688	2 163	48 690	1 876	2 206	53 690	2 028

bezahlt werden. Die Kinderbeihilfen an öffentlich Bedienstete werden im öffentlichen Personalaufwand direkt verrechnet — *) Die Beschäftigtenzahl und der Wehrold beziehen sich nur auf die *Wehrpflichtigen*. Die Sachbezüge umfassen auch die der Kadertruppe, deren fixe Bezüge in der Gruppe „Öffentlicher Dienst“ ausgewiesen wird

der österreichischen Wirtschaft. Weitere Fortschritte werden in dem Maße möglich sein, als neue, bessere statistische Grundlagen geschaffen werden

Soziale Gruppen

Die Berechnung der Lohn- und Gehaltssumme aus den Unterlagen des Kinderbeihilfen-Ausgleichsfonds bietet nur Gesamtergebnisse. Aufgliederungen nach ökonomischen und sozialen Gesichtspunkten mußten auf Grund anderer statistischer Unterlagen erarbeitet werden.

Zunächst wurde das Arbeitseinkommen nach der sozialen Stellung der Einkommensempfänger (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Lehrlinge) untergliedert. Zu diesem Zweck wurde das gesamte Arbeitseinkommen in eine Lohnsumme und in eine Gehaltssumme und diese sodann in Angestelltengehälter und Beamtengehälter aufgespalten. Wei-

ters empfahl es sich, aus den Arbeiterlöhnen und den Angestelltengehältern die Lehrlingsentschädigungen herauszuziehen und gesondert darzustellen. Aus den Einkommenssummen für jede soziale Gruppe wurden schließlich mit Hilfe von Beschäftigtenzahlen Durchschnittseinkommen pro Kopf ermittelt.

Eine Trennung der Arbeitseinkommen in Löhne und Gehälter ist ziemlich genau für das Jahr 1953 möglich, da die für dieses Jahr aufgearbeitete Lohnsteuerstatistik die Gehälter nahezu vollständig erfaßte. Das Ergebnis für 1953 wurde für die Jahre vorher mit Hilfe der Gehaltsstatistik der Wiener Industrie und nachher mit Hilfe der Sozialversicherungsstatistik fortgeschrieben. Diesem Verfahren liegt die Annahme zugrunde, daß die Sozialversicherungsstatistik infolge ihrer Schwächen (Fehlen von Zulagen und einmaligen Zahlungen, Einkommenschichtung nur bis zur Höchstbeitragsgrundlage) zwar nicht die absolute Höhe, wohl aber die Ent-

wicklung der Angestellten- und Beamtengehälter zutreffend widerspiegelt. Die Richtigkeit dieser Annahme wird überprüft werden können, sobald die Lohnsteuerstatistik für 1957 vorliegt.

Die Beamtengehälter wurden den Rechnungsabschlüssen der öffentlichen Körperschaften entnommen. Zu den Beamten wurden sämtliche pragmatisierten Angestellten im öffentlichen Dienst gezählt, unabhängig davon, ob sie in der Verwaltung oder in öffentlichen Betrieben beschäftigt sind. Ihre Zahl ist daher größer als die in Übersicht 17 in den Wirtschaftszweigen „Öffentliche Verwaltung“ und „Bahn und Post“ erfaßten pragmatisierten Bediensteten. Die Zahl der Lehrlinge und die Höhe der Lehrlingsentschädigung wurde aus verschiedenen statistischen Unterlagen entnommen (siehe S. 9 f.)

Wirtschaftszweige

Außer der Gliederung nach der sozialen Stellung der Einkommensempfänger wurde erstmalig eine Gliederung der Arbeitseinkommen nach Wirtschaftszweigen versucht. Auf Grund der verfüg-

baren Statistiken konnten sechs Wirtschaftszweige unterschieden werden:

Industrie
Land- und Forstwirtschaft
Baugewerbe
Öffentliche Verwaltung
Bahn und Post
Sonstiges

Die ersten vier Gruppen decken sich mit der in der Statistik des Volkseinkommens üblichen Gliederung nach Wirtschaftszweigen. Die Gruppen 5 und 6 sind Kompromißlösungen, die sich aus dem verfügbaren Urmaterial ergaben. Die Gruppe „Bahn und Post“ umfaßt einen wichtigen Ausschnitt aus dem Wirtschaftszweig Verkehr, dessen übrige Teile in der letzten Gruppe enthalten sind. Die Gruppe „Sonstiges“ ist eine ziemlich heterogene Restgröße. Zu ihr gehört das Gewerbe (ohne Baugewerbe), der Handel, der Verkehr (ohne Bahn und Post) und sämtliche Dienstleistungsbetriebe mit Ausnahme der öffentlichen Verwaltung. Eine weitere Aufgliederung der beiden letzten Gruppen wird erst möglich sein, wenn zusätzliche Statistiken verfügbar sind.

Übersicht 18

Transfer- und Masseneinkommen

	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957 ¹⁾
	Mill. S.							
A. Transfereinkommen brutto								
Pensionen des Bundes, der Länder und Gemeinden ²⁾	1 568	2 352	2 967	3 173	3 463	3 885	4 614	5 330
Renten und Barleistungen der Sozialversicherung ³⁾	1 864	2 664	3 401	3 565	4 104	4 800	5 283	6 260
Kriegsopferfürsorge	647	828	968	948	962	965	984	1 120
Opferfürsorge und Kleinrentner	42	62	78	165	165	103	92	90
Offene Fürsorge	145	189	211	279	261	232	240	220
Arbeitslosenunterstützungen	428	530	917	1 124	988	703	731	680
Kinderbeihilfen ⁴⁾	399	777	1 127	1 199	1 245	1 377	1 481	1 500
Geburtenbeihilfen	—	—	—	—	—	—	112	60
Familienbeihilfen	—	—	—	—	—	260	460	640
Summe A.	4 694	6 625	8 542	9 254	9 943	10 948	12 516	14 400
B. Abzüge								
Lohnsteuer usw. ⁵⁾	110	192	203	222	153	164	217	280
Krankenkassenbeiträge der Pensionisten, Rentner und Arbeitslosen ⁶⁾	107	133	200	221	220	211	225	240
Summe B.	217	325	403	443	373	375	442	520
C. Transfereinkommen netto	4 477	6 300	8 139	8 811	9 570	10 573	12 074	13 880
D. Lohn- und Gehaltssumme, brutto⁷⁾	21 090	29 300	33 230	34 020	37 660	42 810	48 690	53 690
E. Abzüge								
Lohnsteuer samt Zuschlägen	1 055	1 848	1 957	2 151	1 471	1 584	2 095	2 700
Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung ⁸⁾	1 482	2 037	2 263	2 321	2 654	3 295	3 855	4 230
Sonstige Abzüge ⁹⁾	149	242	364	374	429	536	601	670
Summe E.	2 686	4 127	4 584	4 846	4 554	5 415	6 551	7 600
F. Lohn- und Gehaltssumme, netto	18 404	25 173	28 646	29 174	33 106	37 395	42 139	46 090
Masseneinkommen netto (Summe C + F)	22 881	31 473	36 785	37 985	42 676	47 968	54 213	59 970

¹⁾ Vorläufige Zahlen. — ²⁾ Einschließlich der Bundesbetriebe und Monopole jedoch ohne die Länder- und Gemeindebetriebe. — ³⁾ Alters-, Invaliden- und Unfallrenten, Angestelltenpensionen und Barleistungen der Krankenversicherung. — ⁴⁾ Nicht mitaddiert, da bereits in der Lohnsumme enthalten. — ⁵⁾ Anteil auf Grund der Lohnsteuerstatistik 1953 \approx 4% des gesamten Lohnsteueraufkommens. — ⁶⁾ Ohne die Pauschalleistung der Pensionisten an die Krankenversicherungsträger zur Abgeltung der Rentenbeiträge. — ⁷⁾ Brutto-Bezüge im üblichen (engeren) Sinn, d. h. ohne Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung. — ⁸⁾ Einschl. der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. — ⁹⁾ Wohnbauförderungsbeitrag, Arbeiterkammerumlage und Pensionsbeiträge der Beamten.

Die Löhne und Gehälter in den ausgewiesenen sechs Wirtschaftszweigen wurden aus folgenden statistischen Unterlagen ermittelt:

Die Verdienste (einschließlich aller Zulagen) der Arbeiter und Angestellten in der *Industrie* werden seit Mitte 1952 von der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft auf repräsentativer Basis erhoben¹⁾. Die Stichprobe erfaßte ursprünglich fast ein Drittel der Beschäftigten und ist seither etwas zurückgegangen. Die Lehrlinge, die in der Verdienststatistik zusammen mit den Arbeitern bzw. den Angestellten erfaßt werden, wurden gesondert dargestellt. Für die Jahre 1950 bis 1952 wurde die Verdienststatistik der Industrie mit Hilfe des Verdienstindex des Institutes für Arbeiter und jährlichen Erhebungen der Bundeskammer über die Angestelltengehälter der Wiener Industrie zurückgeschrieben.

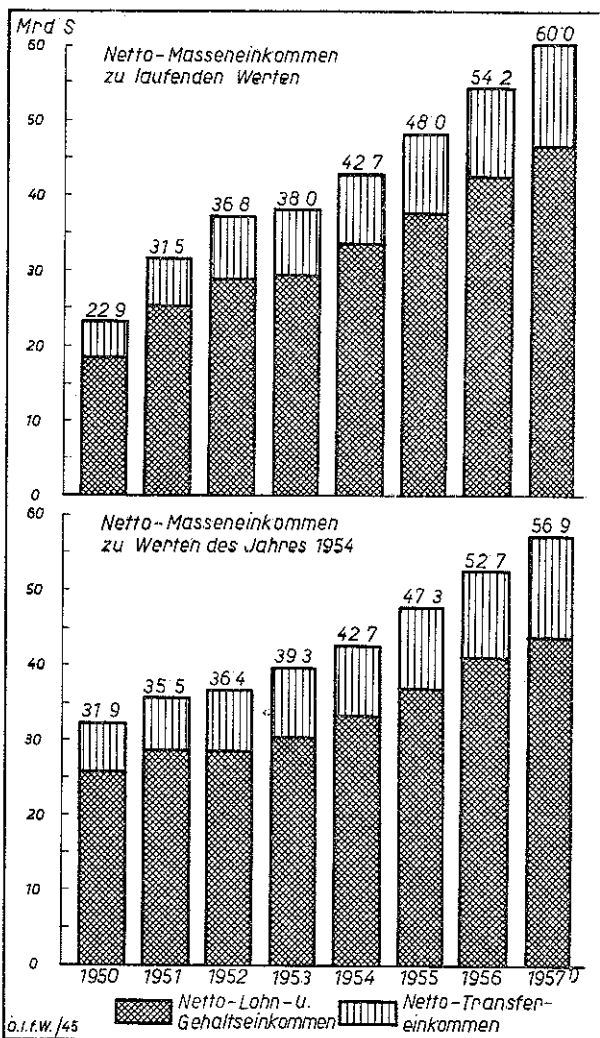
Die Lohnsumme der *Land- und Forstwirtschaft* wurde aus den Unterlagen der Buchführungsgesellschaft errechnet, die seit 1948 vorliegen. Da die Löhne in der Landwirtschaft von Betrieb zu Betrieb nur wenig abweichen, konnten die von der Buchführungsgesellschaft ausgewiesenen Verdienste als repräsentativ für die gesamte Land- und Forstwirtschaft angesehen werden. Die für Wirtschaftsjahre verfügbaren Ergebnisse wurden schematisch auf Kalenderjahre umgerechnet. Der Deputatlohn wurde zu Erzeugerpreisen bewertet. Die Gehälter der Angestellten, die hauptsächlich von Gutsbetrieben und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt werden und daher in den Buchführungsergebnissen nicht enthalten sind, konnten aus der durchschnittlichen Beitragsgrundlage zur Sozialversicherung ermittelt werden.

Über die Löhne und Gehälter im *Baugewerbe* fehlen ausreichend repräsentative Statistiken. Die vorliegende Schätzung stützt sich auf den Verdienstindex des Institutes und Auskünfte von Firmen, der Arbeiterkammer und der Fachgewerkschaft. Eine genaue Erhebung der Lohn- und Gehaltssumme im Baugewerbe wird voraussichtlich erst möglich sein, wenn eine amtliche Baustatistik erstellt wird.

Der Personalaufwand für die *öffentliche Verwaltung* sowie für *Bahn und Post* geht aus den Rechnungsabschlüssen des Bundes, der Länder, der Gemeinden und anderer öffentlicher Körperschaften hervor. Zum öffentlichen Dienst wurden ebenso wie in der Statistik des Volkseinkommens auch die

¹⁾ Siehe: Beilage Nr. 32 zu den Monatsberichten „Zur Statistik der Lohneinkommen“, Juli 1955, S. 5, und „Ein Index der Gehaltssummen und der Monatsverdienste je Angestellten in der Industrie“ Heft 12, Dezember 1957, S. 40 f.

Die Masseneinkommen
(Normaler Maßstab; Mrd. S)



Die Masseneinkommen sind von 1950 bis 1957 nominell um 162% und real nach Ausschaltung der Preissteigerungen um 78% gestiegen. Die jährliche reale Steigerungsrate erreichte fast 9%. Innerhalb der Masseneinkommen haben die Netto-Transfereinkommen (nominell + 210%, real + 111%) stärker zugenommen als die Nettolohn- und Gehaltssumme (+ 150% bzw. + 70%).

Kammern und die Sozialversicherung gezählt, jedoch keine öffentlichen Betriebe und Unternehmungen. Schwierig war die Feststellung der Zahl der Bediensteten und ihre Aufgliederung nach Beamten, Vertragsangestellten und Arbeitern. Für den Bund sowie für einzelne Gebietskörperschaften liegen zwar Dienstpostenpläne vor, aber keine genauen Aufzeichnungen über die in einem bestimmten Jahr tatsächlich beschäftigten Personen. Vom Bundesheer ist im öffentlichen Dienst nur die längerdienende und festbesoldete Kadertruppe erfaßt. Der Sold und die Sachbezüge der Wehrpflichtigen wurden der gesamten Lohn- und Gehaltssumme in einer eigenen Post hinzugefügt.

Die Einkommen der Gruppe „Sonstiges“ ergaben sich als Differenz zwischen den gesamten Arbeitseinkommen und der Lohn- und Gehaltssumme der fünf unmittelbar erfaßten Wirtschaftszweige. Diese Restgröße ist statistisch am wenigsten gesichert, da sich in ihr Unstimmigkeiten in den übrigen Größen kumulieren könnten. Trotzdem sind Höhe und Entwicklung der Durchschnittseinkommen in der Restgruppe durchaus „plausibel“ und stimmen mit anderem lohnstatistischem Material gut überein. Die verhältnismäßig große Spanne zwischen Löhnen und Gehältern erklärt sich aus der Struktur der Restgröße. Der Durchschnittslohn wird durch besonders niedrig entlohnte Arbeiterkategorien (vor allem Hauswarte, Hausgehilfinnen, Bedienerinnen und Heimarbeiter) gedrückt, während der Durchschnittsgehalt durch verhältnismäßig gut bezahlte Gruppen von Angestellten (Bankbeamte, Angestellte der Freien Berufe und Bedienstete der öffentlichen Betriebe mit Ausnahme von Bahn und Post) beeinflusst wird.

Die Masseneinkommen

Neben den Leistungseinkommen der am Produktionsprozeß mitwirkenden Arbeiter und Angestellten gewinnen in Staaten mit moderner Sozialgesetzgebung die „Transfereinkommen“ eine wachsende Bedeutung. Es sind dies Einkommen die private Haushalte von öffentlichen Körperschaften ohne unmittelbare Gegenleistung beziehen. Dazu

gehören im einzelnen: die Pensionen der öffentlichen Hand, sämtliche Renten und Barleistungen der Sozialversicherung, Arbeitslosenunterstützungen, Kinder-, Geburten-, Familienbeihilfen, Kriegsofferrenten und Fürsorgerenten. Abgeleitete Einkommen aus privaten Quellen, wie Pensionszuschüsse aus privaten Pensionsfonds, Renten und Leistungen der Privatversicherungen und der privaten Fürsorge wurden nicht erfaßt. Die Höhe der öffentlichen Transferzahlungen wurde den Rechnungsergebnissen der öffentlichen Körperschaften und der Sozialversicherungsträger entnommen.

Die Einkommen aus unselbständiger Arbeit und die Transfereinkommen werden häufig zum Begriff „Masseneinkommen“ zusammengefaßt. Zu ihnen zählen sämtliche Einkommen privater Haushalte, die nicht aus Besitz und Unternehmung stammen und in regelmäßigen Abständen und in vertraglich oder gesetzlich festgelegter Höhe ausbezahlt werden. Die Masseneinkommen werden in der Regel „netto“, d. h. nach Abzug der Lohnsteuer und der Sozialabgaben, dargestellt. Sie sind die wichtigste Bestimmungsgröße für den privaten Konsum. 70% bis 75% des gesamten Angebotes an Konsumgütern und konsumfähigen Dienstleistungen werden von Beziehern von Masseneinkommen gekauft. Die Masseneinkommen können ebenso wie die Lohn- und Gehaltssumme vierteljährlich berechnet werden und sind damit ein wichtiges Hilfsmittel für die laufende Konjunkturbeobachtung.

Übersicht 19

Quartalweise Berechnung der Masseneinkommen

	1 9 5 4				1 9 5 5				1 9 5 6				1 9 5 7 ¹⁾				1958 ¹⁾	
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II
	Mrd. S.																	
Beitragspflichtige Lohn- und Gehaltssumme (brutto) ²⁾	5 45	5 92	6 30	7 43	6 02	6 78	7 46	8 62	7 20	7 95	8 44	9 37	7 79	9 03	9 32	10 16	8 24	9 35
Beitragsfreie bzw. statistisch nicht erfaßte Einkommensanteile ³⁾	1 24	1 31	1 44	1 34	1 29	1 35	1 39	1 32	1 24	1 30	1 42	1 34	1 30	1 37	1 46	1 38	1 34	1 39
a) Private Lohn- und Gehaltssumme (brutto)	6 69	7 23	7 74	8 77	7 31	8 13	8 85	9 94	8 44	9 25	9 86	10 71	9 09	10 40	10 78	11 54	9 58	10 74
b) Öffentliche Lohn- und Gehaltssumme (brutto) ⁴⁾	1 60	1 86	1 67	2 10	1 79	2 18	2 09	2 52	2 29	2 82	2 45	2 87	2 73	3 15	2 78	3 22	2 81	3 28
1 Leistungseinkommen (brutto)	8 29	9 09	9 41	10 87	9 10	10 31	10 94	12 46	10 73	12 07	12 31	13 58	11 82	13 55	13 56	14 76	12 39	14 02
2 Transfereinkommen (brutto) ⁵⁾	2 57	2 38	2 34	2 65	2 65	2 61	2 62	3 07	3 12	3 13	2 93	3 34	3 49	3 54	3 39	3 98	3 81	3 84
3 Masseneinkommen (brutto) minus Abzüge ⁶⁾	10 86	11 47	11 75	13 52	11 75	12 92	13 56	15 53	13 85	15 20	15 24	16 92	15 31	17 09	16 95	18 74	16 20	17 86
4 Masseneinkommen (netto)	9 82	10 35	10 49	12 02	10 57	11 61	12 03	13 76	12 39	13 49	13 42	14 92	13 55	15 10	14 85	16 47	14 49	15 97
∅ 1954 = 100	92 0	97 0	98 3	112 7	99 1	108 8	112 7	129 0	116 1	126 4	125 8	139 8	127 0	141 5	139 2	154 4	135 9	149 7
Zuwachsrate in % gegen Vorjahresquartal					+7 6	+12 2	+14 7	+14 5	+17 2	+16 2	+11 6	+8 4	+9 4	+11 9	+10 7	+10 4	+7 0	+5 8

¹⁾ Vorläufige Zahlen. — ²⁾ Auf Grund der periodenbereinigten Eingänge beim Kinderbeihilfen-Ausgleichsfonds. — ³⁾ Freibeträge für Kleingewerbe und Landwirtschaft, Kinder- und Wohnungsbeihilfen, Lehrlingsentschädigungen und Ausfälle. — ⁴⁾ Hoheitsverwaltung von Bund, Länder und Gemeinden sowie Bundesbahn und Post. — ⁵⁾ Pensionen, Renten, Beihilfen und Unterstützungen sowie öffentliche einseitige Barleistungen. — ⁶⁾ Lohnsteuer einschl. Zuschläge, Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung, Pensionsbeiträge sowie alle sonstigen gesetzlichen Abzüge.